

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Armbruststr. 14 · Speyer

An
Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler
Bürgermeisterin Monika Kabs
Maximilianstr. 100
67046 Speyer

per Email

Kreisverband Speyer

Geschäftsstelle
Armbruststr. 14
67346 Speyer
Tel.: +49 (6232) 6245872
info@gruene-speyer.de

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Monika Kabs,

wir bitten sie um Behandlung folgenden Antrags in der kommenden Sozialausschusssitzung am 08.06.22

Antrag: Einrichtung einer Beratungsstelle und eines Notfallfonds zur Kommunalen Armutsprävention aufgrund steigender Energiekosten

Begründung:

Aufgrund des drastischen Anstiegs der Energiekosten ist spätestens ab Herbst bzw. Winter 2022 mit zahlreichen Versorgungssperren und einer steigenden Verschuldung von Verbraucher*innen zu rechnen (siehe unsere Anfrage zu Energiearmut).

Besonders bedroht sind dabei Haushalte, die schon vor der aktuellen Preisentwicklung finanzielle Probleme hatten, Rentner*innen, Wohngeldempfänger*innen sowie untere Einkommensgruppen und Alleinerziehende. Außerdem Leistungsempfänger*innen, wenn die Heizkostensteigerung nicht vollumfänglich von der Sozialbehörde übernommen wird. Die Einmalhilfen des Entlastungspaketes können die Mehrbelastungen für vulnerable Haushalte nicht ausreichend abfedern. Rentner*innen erhalten überhaupt keine Entlastung. Dazu kommt, dass einkommensschwache Haushalte häufig in energetisch schlecht ausgestattetem Wohnraum leben und auf eine ungünstige Beheizung und teure Warmwasserzubereitung (Nachtspeicheröfen, Heizstrahler, Boiler, Durchlauferhitzer) angewiesen sind.

Wir sehen die Notwendigkeit der Beratung und der praktischen Hilfe für einkommensschwache Haushalte, um sie in die Lage zu versetzen, den Energieverbrauch nachhaltig zu reduzieren. Gleichzeitig sollen sie finanziell entlastet werden, wenn eine Ratenzahlung neben schon hohen monatlichen Abschlägen für Haushaltsenergie nicht möglich ist und sofort in existenzielle Not und Verschuldung führen würde.

Durch Zuschüsse für den Austausch eines alten Kühlgeräts mit hohem Verbrauch gegen ein modernes, energieeffizientes Gerät und weitere strom- und wassersparende Installationen (LED-Lampen, schaltbare Steckdosenleisten, Zeitschaltuhren und Thermostopps, Strahlregler und Wasser sparende Duschköpfe, TV-Standby-Abschalter, Kühlschrankschrankthermometer, Thermohygrometer und Raumthermometer) können die Haushalte außerdem ihren Stromverbrauch deutlich reduzieren.

Energiesparen ist für diese Haushalte sinnvoll, aber reicht unter der aktuell zugespitzten Situation nicht aus, um die Kostensteigerung auszugleichen. In vielen Fällen bedarf es finanzieller Hilfen durch Zuschüsse und manchmal auch einer energetischen Instandsetzung des Wohnraums durch Einrichtung eines Notfallfonds.

Ein kommunaler Notfallfonds könnte geschaffen werden, um Zuschüsse zu hohen Energienachzahlungen zu vergeben, die von besonders vulnerablen Haushalten nicht mehr geschultert werden können. Viele besserverdienende Bürger profitieren vom Entlastungspaket, ohne es wirklich zu brauchen, da genügend Rücklagen vorhanden sind, um höhere Energiekosten zahlen zu können. Es könnte dafür geworben werden, diese nicht benötigte Einmalzahlung für einen kommunalen Notfallfonds zu spenden.

Die Zusammenarbeit von Stadtwerken, Stadtverwaltung (soziale Dienste, Sozialamt, Umweltmanagement), Jobcenter und soziale Träger sind für die Umsetzung dieser Maßnahmen maßgeblich.

Die Finanzierung kann über kommunale Mittel der Armutsprävention, Zuschuss des kommunalen Versorgers, Zuschüsse des Landes und Spenden (kommunaler Notfallfonds für Energiekosten) gewährleistet werden.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Weber, Johannes Jaberg, Monika Oberfrank